

16. September 2015

Postulat

von Dr. Daniel Regli (SVP)
und Martin Götzl (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Schulvorsteher im Rahmen der Präsidenten/-innen-Konferenz der Kreisschulpflegen (KSP) darauf hinwirken kann, dass im Verfahren mit Kindern, die nicht am Pilotprojekt Tagesschule teilnehmen, soziale Härten möglichst vermieden werden. Dabei sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Schulkreise speziell anzuhalten, die Eltern fair und umfassend über das uneingeschränkte Abmelderecht zu informieren und Kinder nicht unnötig aus ihren Freundeskreisen herauszureissen.

Begründung

Gemäss kantonalem Gesetz können Kinder nicht gezwungen werden, am ‚Pilotprojekt gebundene Tagesschule 2015-2018‘ (GR Nr. 2014/259) teilzunehmen. Für Eltern gilt ein uneingeschränktes Abmelderecht. In jüngster Zeit erfährt die SVP nun von besorgten und panischen Eltern, die offensichtlich unzureichend und selektiv über das Pilotprojekt informiert worden sind. Eltern erhalten das Gefühl, dass sie gezwungen sind, ihre Kinder über Mittag in der gebundenen Schule zu lassen. Das Gebot der Fairness wird von den Kreisschulpräsidien übertreten, wenn Eltern nicht eindeutig über die Freiwilligkeit des Tagesschul-Projekts informiert werden.

Im Flyer ‚Tagesschule 2025 – Pilotprojekt der Stadt Zürich‘ des Schulamts heisst es sodann: „Für Kinder, deren Eltern eine Teilnahme an den gebundenen Mittagen nicht wünschen, sucht die zuständige Kreisschulpflege eine Lösung.“ Nun zeigt sich, dass die KSP diesen Freipass dazu benutzen kann, Eltern, die auch künftig mit ihren Kindern die Mittagszeit verbringen wollen, abzustrafen. Konkret geht es um einen Fall im Schulhaus Leutschenbach. Eine Mutter, die gleich neben dem Schulhaus in der Genossenschaft ‚Mehr als Wohnen‘ lebt, erkundigte sich bei der Schulleitung nach den Konsequenzen einer Abmeldung ihres Kindes vom Pilotprojekt Tagesschule. Die schroffe Antwort lautete, so werde ihr Kind dann halt ins entferntere Schulhaus Saatlén umgeteilt.

Warum das Kind zwingend aus seinem Freundeskreis herausgerissen werden soll, wurde nicht begründet. Die Option, dass das Kind mit seinen ‚Gspändli‘ im Schulhaus Leutschenbach zur Schule geht und sein Mittagessen zuhause einnimmt, wurde offenbar nicht mal erwogen. Das riecht übel nach Ideologie. Es scheint, die KSP wolle keine Kinder in der „gebundenen Staatsschule“, welche daran erinnern, dass es noch intakte Familien gibt, die das Mittagessen gemeinsam einnehmen. Lieber reisst die KSP solche Kinder aus ihrem Freundeskreis heraus und teilt sie flugs und willkürlich anderen Schulhäusern zu.

 